

**Interpellation Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Luzius Theiler, GPB-DA): Planung Bahnhofumbau: Wie kann die Mitbestimmung der Stadt gewährleistet werden, bevor Sachzwänge geschaffen werden?**

An einer Medienkonferenz wurden die Pläne für den Umbau des Berner Bahnhofs vorgestellt. Dabei wurde klar, dass das obere Stadtzentrum während der nächsten ca. 25 Jahre zur Grossbaustelle werden soll. In einer ersten Etappe sollen der neue Bahnhofzugang am Bubenbergplatz und der RBS-Tiefbahnhof realisiert werden, in der zweiten Etappe die Westerweiterung unter der Grossen Schanze mit neuen Geleisen mit den entsprechenden Zufahrten. Die Gefahr besteht, dass bei diesem gigantischen Projekt auch fragwürdige, umstrittene oder zumindest diskussionsbedürftige Vorhaben präjudiziert werden, bevor sie in der betroffenen Stadt diskutiert und ohne Zeitdruck und ohne bereits beschlossene Sachzwänge von den kompetenten Organen entschieden werden können. So wurde etwa anlässlich der Stadtrats-Diskussion über den 2. Projektierungskredit für den neuen Bahnhofzugang am 3. April 2014 ein Antrag, auf die geplante neue Unterführung unter dem Bubenbergplatz zu verzichten, mit dem Argument abgelehnt, die Unterführung sei nicht Teil der Vorlage. Bei den an der Pressekonferenz gezeigten Plänen ist jedoch die Unterführung eingezeichnet.

1. Dass ein attraktiver öV attraktive Bahnhöfe mit genügend Platz für die Reisenden braucht, ist unbestritten. Wird auch die Alternative geprüft, in den bestehenden Bahnhofbauten, die heute vollgestopft mit bahnfremden kommerziellen Einrichtungen sind, mehr Raum für die Reisenden freizumachen?
2. Stimmt die Vermutung, dass die neue Unterführung unter dem Bubenbergplatz nach Zürcher Shopville-Vorbild von vorgestern in grossem Ausmass neue Ladenflächen erhalten soll?
3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Auffassung, dass FussgängerInnen und Ladenpersonal nicht unter den Boden gehören?
4. Was haben die in der 2. Etappe geplanten neuen Geleise für Auswirkungen auf das Gebiet Schützenmatte?
5. Wo sollen die für die Lagerung des gewaltigen Aushubs für den RBS-Tiefbahnhof und für die Erweiterung der Geleisanlagen im Berg abgelagert werden? Wie sollen die mit dem zusätzlichen Lastwagenverkehr verbundenen Beeinträchtigungen von Wohngebieten vermieden werden?
6. Welcher Zeitplan sieht der Gemeinderat vor, damit die für die künftigen Lebensbedingungen in der Stadt wichtigen Entscheide gefällt werden können, bevor die Entscheide anderswo, in irgendwelchen Fach-, Experten- oder Mitwirkungsgremien hinter verschlossenen Türen gefällt werden.

*Begründung der Dringlichkeit*

Die Bahnhofplanung erfolgt in grossem Tempo. Die gestellten Fragen müssen dringendst schnell geklärt werden, damit die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten auf das Projekt nicht verliert.

*Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.*

Bern, 18. Juni 2015

*Erstunterzeichnende: Luzius Theiler*

*Mitunterzeichnende: Mess Barry, Daniel Egloff, Christa Ammann*